

Die Auswirkungen der neuen EU-Taxonomie ab 2023

Atom und Gas werden als „nachhaltige Energien“ eingestuft! Investitionen in Atom & Fossile als „klimafreundlich“ gefördert!

Ein „grünes Label“ für Atom und Gas: Die seit Januar 2023 geltende neue EU-Taxonomie für den Energiebereich stellt einen großen Rückschritt beim Erreichen der Umwelt- und Klimaziele dar. Bereits jetzt hinken viele Länder und die gesamte EU den festgelegten Klimazielen hinterher. Die Energiewende in der EU wird mit der Förderung von Atom- und Gaskraftwerken als „green deal“ drastisch ausgebremst werden. Statt weiterer Energiewende werden jetzt Atom, Gas und sogar Kohle gefördert und subventioniert.

Wie kam es zu dieser fatalen Entwicklung in der EU-Energiepolitik?



Jahrelange Verhandlungen der EU-Kommission im Vorfeld

Frankreich hat gefordert, dass Atomkraft als nachhaltig eingestuft wird. Dies als Voraussetzung für den weiteren AKW-Betrieb mit der Förderung für Instandhaltungen und den Bau neuer AKWs. Denn die atomare AKW-Struktur mit der Uran-Anreicherung und dem Plutonium ist die Voraussetzung für den militärischen Bereich. Sie ist die Voraussetzung für Atombomben, Atom-U-Boote, Atom-Flugzeugträger usw., sowohl in Frankreich als auch in allen Atombomben-Nationen.

Deutschland bestand darauf, Gas als nachhaltig einzustufen, mit dem Argument, neue Gaskraftwerke als „Übergang“ zur Energiewende zu benötigen. Aber mit der Milliarden-Förderung der bis zu 12 Flüssiggas-Terminals und der 40-Milliarden-Förderung von Wasserstoff (u.a. Chile, Kanada, Afrika) wird eine neue fossile Infrastruktur für Jahrzehnte errichtet. Dies geschieht ganz im Sinne der bisherigen Energiekonzerne, die von den Milliarden-Förderungen direkt profitieren. Damit wird die rasche, weitere regenerative und dezentrale Energiewende in Deutschland – entgegen aller Beteuerungen der Ampel-Regierung - massiv ausgebremst und Klimaschutz verhindert.

Einige EU- Länder lehnen die Energiewende ab und bestehen darauf, dass Kohlekraftwerke noch jahrelang und der Neubau von Gaskraftwerken gefördert werden. Diese wollen auch, dass Atomkraft als nachhaltig eingestuft wird. Frankreich, Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Bulgarien usw. können ihre AKW-Neubaupläne nur realisieren, wenn mit der EU-Taxonomie Milliarden-Investitionen vom Finanzmarkt für

„grüne Technologie“ in den atomaren Bereich fließen, denn kein Unternehmen baut mehr teure AKWs ohne staatliche Hilfen und Absicherungen.

Bedeutung und Zielsetzung der EU-Taxonomie

Die Taxonomie ist ein Gesetz der EU, das festlegt, welche Wirtschaftstätigkeiten und Technologien als „grün“ oder „nachhaltig“ bezeichnet werden dürfen. Die EU-Taxonomie soll ein Klassifikationssystem sein, um mehr Geld in nachhaltige Technologien und Unternehmen zu lenken. Für Unternehmen ist sie relevant, da durch sie Investitionsentscheidungen von Anlegern beeinflusst werden, um zu erreichen, dass in klimafreundliche Technologien investiert und eine Senkung der CO₂-Emissionen und damit Klimaschutz stattfindet. Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, sind Milliarden-Investitionen von öffentlicher Hand und in Unternehmen mit ökologisch nachhaltigen Aktivitäten notwendig. Aber statt ausschließlich die Energiewende zu fördern, können jetzt auch Investitionen in Erdgas oder Atomkraft als „nachhaltig“ eingestuft und beworben werden. Zukünftig profitieren so auch Gas- und Atomkraftwerke von Investitionen in Klimafonds!

Überalterung der Atomkraftwerke, Laufzeiten, Neubaupläne und Finanzierungsprobleme

Seit Tschernobyl 1986 wurden in Europa nur acht neue AKWs in Betrieb genommen. An den Folgen des Super-GAU und der radioaktiven Strahlung über ganz Europa sind tausende Menschen erkrankt und an dem radioaktiven Fallout gestorben. Damals waren in Europa 177 AKWs in Betrieb, heute sind es nur noch 106.

Fast alle haben die sogenannte Regellaufzeit von 30 Jahren längst überschritten. Von den 55 AKWs in Frankreich sind 22 bereits über 42 Jahre am Netz und weitere 19 AKWs über 37 Jahre. Der Atomkonzern EdF ist mit 60 Milliarden Euro verschuldet, ihm fehlt das notwendige Geld für Instandhaltungen und Reparaturen. Es fehlt ihm auch das Geld für die angekündigten neu zu bauenden AKWs in Frankreich.

Von den 27 EU-Staaten haben nur 12 Staaten Atomkraftwerke in Betrieb. Überall besteht das Problem der Überalterung. Die Schweiz und Belgien haben Laufzeitverlängerungen mit 60 Jahren beschlossen, Frankreich trotz gravierender Sicherheitsprobleme 50 Jahre. In allen Ländern ist die langfristige Lagerung des hochradioaktiven Atom Mülls vollkommen ungeklärt.

AKW-Neubauten: alle drei vor bis zu 18 Jahren(!) begonnenen Neubauprojekte mit dem EPR-Reaktor in Europa haben große technische und zeitliche Probleme. Die Baukosten sind auf das 4-fache der ursprünglichen Planungen explodiert. Jetzt sollen mit Hilfe des „grünen Label“ für Atom und Gas Milliarden an Geldern aus der EU und den Finanzmärkten umgelenkt werden und im atomaren Bereich landen. Atomkraft forever?!

Verhandlungen zur Umsetzung der Förderung von Atom- und Gaskraftwerken

Seit Januar 2023 gilt die neue EU-Taxonomie. Aber über die Art und Weise der Umsetzung, also wie die Förderung dann nationalstaatlich umgesetzt werden kann, laufen die Verhandlungen noch. Viele Länder versuchen Sonderregelungen durchzusetzen: Frankreich für seine Atomkraftwerke, Deutschland für neue Gaskraftwerke, einige osteuropäische Länder wollen noch längere Subventionen für ihre Kohle- und dann für neue Gas- und Atomkraftwerke.

Die französische Regierung als Besitzer von EdF will über staatlich festgelegte niedere Strompreise und Subventionen über die Differenz zu den höheren Marktpreisen die Förderung der AKWs erreichen. Die jetzt festgelegte Regelung genehmigt dies auf einem Umweg über Differenzverträge. Diese sollen zukünftig die für alle Staaten geltende verbindliche „Marktregelung“ für Strompreise sein - für Atom, Fossile und Erneuerbare gleichermaßen.

Was bedeutet diese Regelung?

Die Reform zielt darauf ab, dass an den Strommärkten die Stromabnahmeverträge (PPAs) ausschließlich als Differenzverträge (Contracts for Difference – CfD) verpflichtend werden. Nach dem Willen des Rates soll die staatliche Subventionierung neuer Erzeugungsanlagen über Differenzverträge obligatorisch werden und die existierenden Einspeisevergütungen ablösen. Differenzverträge sind

langfristige Verträge, die einen Abnahme-Preis für den Strom festlegen. Liegt der Marktpreis darunter, subventioniert der Staat die Differenz. Liegt der Marktpreis darüber, schöpft der Staat die Differenz ab. Auf diese Weise erhält der Staat in Zeiten höherer Preise automatisch Gewinne in die Staatskasse.

Auch Erneuerbare sollen nur noch über Differenzverträge gefördert werden

Damit findet ein drastischer Eingriff in die bisherigen Regelungen mit den Einspeisevergütungen statt, indem diese dann auch vollumfänglich den Marktpreisregelungen unterworfen werden. Dies widerspricht der Zielsetzung, davon unabhängig zu werden, wo heute das am teuersten produzierende fossile Kraftwerk den Marktpreis bestimmt.

Ebenso widerspricht dies den Fakten, dass erneuerbare Anlagen deutlich günstiger Strom produzieren und Erzeuger und Verbraucher davon auch Vorteile haben müssen. Die weitere regenerative Energiewende hat eine dezentrale Erzeugungs-, Verteil- und Verbrauchsstruktur, weitgehend unabhängig von den bisherigen monopolartigen Konzernen. Strom und Wärme müssen unabhängig von deren Strukturen erzeugt und weitergegeben werden können, zum Beispiel über regionale Strukturen mit umweltfreundlichen Quartierslösungen für Strom und Wärme.

Die Förderung von erneuerbaren Anlagen muss auch zukünftig unabhängig von Differenzverträgen möglich sein!

Atom, Fossile und die weitere Energiewende - es ist noch lange nicht vorbei!

Diese EU-Taxonomie mit dem „grünen Label“ für Atom und Gas verhindert die rasche weitere Energiewende in ganz Europa. Sie bremst den Zubau von Energiewende-Anlagen aus; sie fördert Investitionen in fossile Kraftwerke und in bestehende und neue Atomkraftwerke. Das EU-Ziel bis 2030 die Treibhausgase um 55% zu senken und bis 2050 klimaneutral zu werden, wird so vollkommen unrealistisch! Auch Länder ohne AKWs wollen nun welche bauen. Und Länder, die einen Atomausstieg beschlossen haben, planen mit diesen Finanzhilfen wieder AKWs zu bauen. Die Gefahr durch Atomkraftwerke mit den beschlossenen Laufzeitverlängerungen und durch neue AKWs, welche viele Jahrzehnte eine radioaktive, gesundheitliche Gefahr darstellen, wird damit in Europa drastisch erhöht. Weiterer Atom Müll wird produziert und das ungelöste hochradioaktive Atom Müllproblem wird verschärft.

- **Keine Unterstützung für Fossile und Atom durch die EU-Taxonomie!**
- **Rasche weitere europaweite Energiewende jetzt!**

